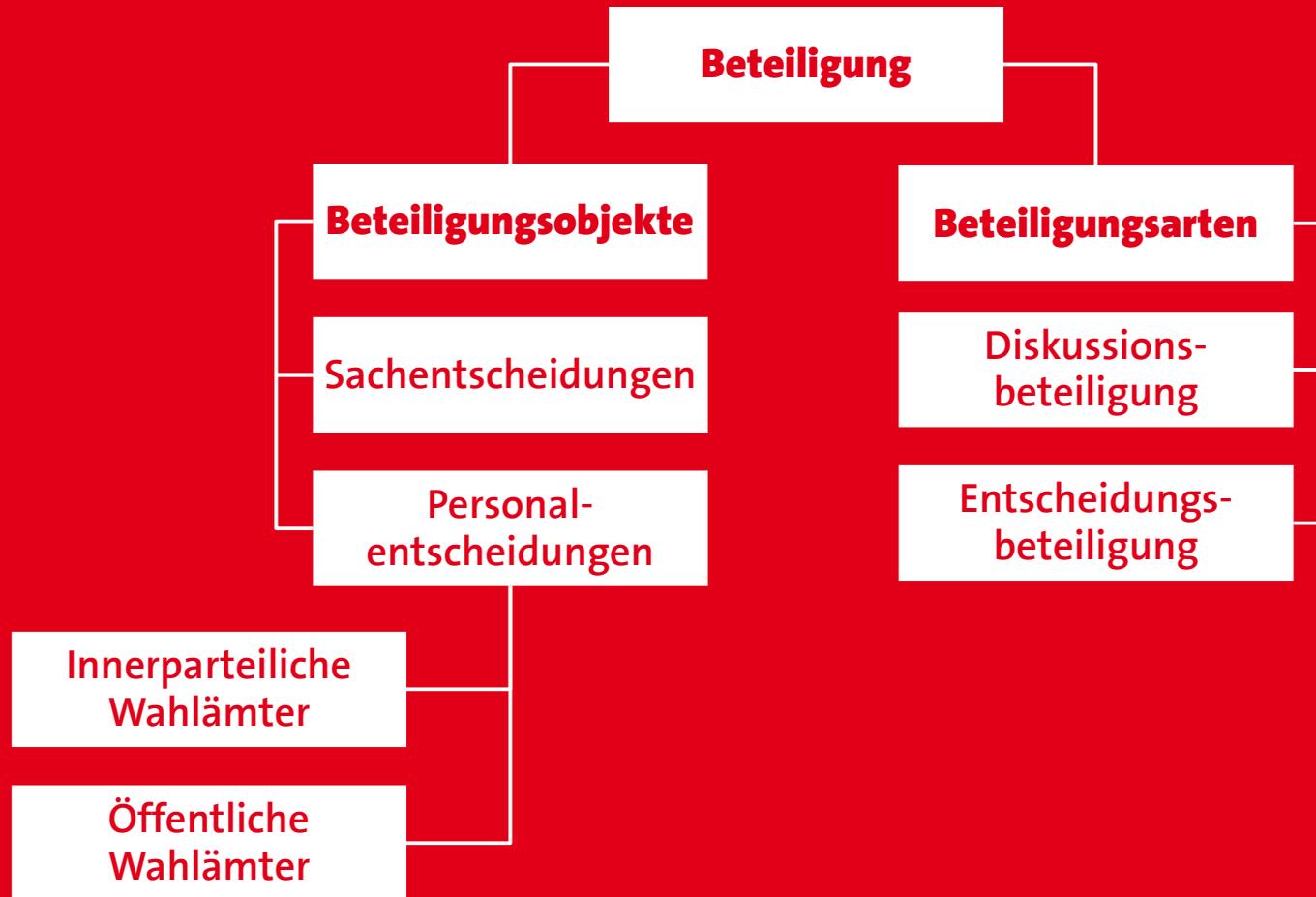


# SPD-Organisationsreform 2011

## Beteiligung von Nichtmitgliedern



# SPD-Organisationsreform 2011

## Diskussionsbeteiligung von Nichtmitgliedern

Vorteile bei der Beteiligung von Nichtmitgliedern am Diskussionsprozess um Sach- und Personalentscheidungen. Beteiligung

- stellt idR keine gravierende Entwertung der Mitgliederrolle dar
  - trägt zur Öffnung der Partei gegenüber der Gesellschaft bei
  - kann dazu beitragen, dass Nichtmitglieder eine Mitgliedschaft erwägen
  - bringt Sachverstand und Sichtweisen von außen ein
  - führt bei Personaldiskussionen zur Relativierung rein parteiinterner Selektionskriterien, was bei Kandidat/innen für öffentl. Wahlämter hilfreich sein kann
- ➔ Diskussionsbeteiligung von Nichtmitgliedern sollte deshalb auf allen Parteiebenen systematisch betrieben werden !!!

# SPD-Organisationsreform 2011

## Entscheidungsbeteiligung von Nichtmitgliedern

Die Beteiligung von Nichtmitgliedern an Entscheidungen ist kritisch zu sehen und nicht ohne Gefahren, weil hier eine Interessenkollision mit den Mitgliedern vorprogrammiert ist. Teile der Mitgliedschaft könnten eine Beteiligung von Nichtmitgliedern als Entwertung ihrer Mitgliederrolle verstehen und daraus Konsequenzen ziehen.

- Aus rechtlichen (Parteiengesetz) und innerparteilichen Akzeptanzgründen sollte deshalb statt der Beteiligung von Nichtmitgliedern ein neuer Mitgliedstypus eingeführt werden, der in einer Art „funktionaler“ Mitgliedschaft für begrenzte Zeit bzw. projektbezogen beteiligt und mit bestimmten Rechten ausgestattet wird:

**Der Unterstützer!!!**

# SPD-Organisationsreform 2011

## Beteiligung an Sachentscheidungen

### Mögliche Einbindung von Unterstützern

Auf der Grundlage von themenorientierten Arbeitsgemeinschaften, die sich der Vorbereitung bestimmter Sachentscheidungen annehmen, werden Unterstützer registriert, die in dieser Arbeitsgruppe bzw. der in ihr vorbereiteten Themen volle Entscheidungsrechte erhalten.

Gleichzeitig werden die Unterstützer bei den Delegiertenschlüsseln für territoriale Parteitage berücksichtigt. Allerdings dürfen die zusätzlichen Delegierten nur bei Entscheidungen mitstimmen, die den Entscheidungsbereich der Arbeitsgruppe betrifft, in der sie registriert sind.

# SPD-Organisationsreform 2011

## Beteiligung an Personalentscheidungen

Unterstützer sollten generell nur an der Besetzung öffentlicher Wahlämter beteiligt werden. Die Besetzung innerparteilicher Wahlämter bleibt exklusiv den Mitgliedern vorbehalten.

Bei der Wahl von Listenkandidaten (z.B. Bundestagswahl,...) sollte das bisherige Prozedere beibehalten werden, im Vorfeld Abklärungen zu treffen und eine endgültige Wahl auf den Parteitag vorzunehmen. Eine Öffnung der Wahlen würde Quoten- und Proporzregelungen nicht mehr im vollen Umfang gewährleisten.

Bei der Wahl von Direkt- und Spitzenkandidaten ist die Beteiligung von Unterstützern sinnvoll und erwünscht. Um Mißbrauch vorzubeugen, muss die Beteiligung genau überlegt werden:

# SPD-Organisationsreform 2011

## Beteiligung an Personalentscheidungen

Regelungen zur Beteiligung von Unterstützern bei der Wahl von Direkt- und Spitzenkandidaten:

- Die Vorauswahl der Kandidaten bleibt alleine Sache der Partei
- Nichtmitglieder, die sich an der Nominierung beteiligen wollen, müssen sich registrieren lassen
- Beteiligung von Unterstützern ist nur sinnvoll, wenn mehrere Kandidaten zur Auswahl stehen. Dies ist – auch aus taktischen Gründen – selten der Fall
- Die endgültige Wahl von Spitzenkandidaten sollte den Mitgliedern in Delegiertenversammlungen vorbehalten bleiben

Missbrauch z.B. durch den politischen Gegner, kann nicht ausgeschlossen werden, der Nominierungsprozess wird komplizierter, zeitaufwendiger, teurer und in seinem gesamten Prozess unkalkulierbar. Vor- und Nachteile müssen abgewogen werden.

# SPD-Organisationsreform 2011

## Zusammenfassung Beteiligung von Nichtmitgliedern

	<b>Diskussions- beteiligung</b>	<b>Entscheidungs- beteiligung</b>
<b>Sachentscheidungen</b>	In jeder Form denkbar und erwünscht	Themenbezogene Mitglieds-rechte als registrierter „Unterstützer“
<b>Personalentscheidungen Innerparteiliche Wahlämter</b>	Unerwünscht, weil nicht zielführend bzw. kontraproduktiv. Bleibt in der Hand der Mitglieder	
<b>Personalentscheidungen Öffentliche Wahlämter</b>	Erwünscht, weil die Sicht und die Selektionskriterien „Externer“ berücksichtigt werden	Erwünscht in Form von registrierten „Unterstützern“ bei der Nominierung von Direkt- und Spitzenkandidaten, wenn mehrere Kandidaten aufgestellt sind. Nicht erwünscht bei Listenkandidaten. Insgesamt aber fragwürdig.